

Jahresbericht 2015



In den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren RAV des Kantons Bern hängen die Plakate der Kampagne „Wie geht's dir?“. - Die kbk koordiniert die Kampagne im Kanton Bern

Inhalte

1	Vorwort	3
2	Politische Themen	4
2.1	Umsetzung Behindertenkonzept	4
2.2	Strategie Sonderpädagogik	4
2.3	Betreuung von Kindern und Jugendlichen	5
2.4	Das Bernische Aktionsbündnis Psychische Gesundheit	5
2.5	Öffentlicher Verkehr	6
2.6	Arbeitsintegration	6
2.7	Selbständiges Wohnen	7
2.8	Inklusive Kultur	7
3	Lobbying, Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung	8
3.1	Kontakte mit Verwaltung, Behörden und Verbänden	8
3.2	Vernehmlassungen, politische Vorstösse und politisches Lobbying	8
3.3	Öffentlichkeitsarbeit	9
3.4	Vernetzung mit Behindertenorganisationen	9
4	Projekte	10
4.1	Plattform Behindertenpolitik	10
5	Interna	10
5.1	Zusammenarbeit mit den Mitgliederorganisationen	10
5.2	Vorstand	11
6	Dank	11

1 **Vorwort** (Urs Germann, Vizepräsident)

Die kbk ist ihrem bewährten Weg auch 2015 weiter gefolgt. Wie der Bericht der Geschäftsführerin zeigt, hat sich die kbk wiederum mit zahlreichen Interventionen und Projekten für die Rechte und Interessen von Menschen mit Behinderungen eingesetzt. So hat sie aktiv an der Umsetzung des kantonalen Behindertenkonzepts und an der neuen Strategie Sonderpädagogik mitgearbeitet. Auch bei zahlreichen Kontakten zu Mitgliedern der Kantonsregierung und kantonalen Verwaltungsstellen vertrat sie unabhängig und couragiert die Anliegen von Menschen mit Behinderungen. Die gut besuchten Mitgliederversammlungen förderten den direkten Austausch und den Informationsfluss zwischen unseren Mitgliederorganisationen.

Das breite Tätigkeitsfeld der kbk zeigt, dass die Bestrebungen zur Verbesserung der sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen alle Lebensbereiche und Behinderungsformen betreffen. Am deutlichsten widerspiegelt sich dies in der UNO-Behindertenrechtskonvention, die ein umfassendes Programm zur Realisierung von Gleichstellung und Inklusion beinhaltet. Mit dem Wandel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung verwirklicht der Kanton Bern pionierhaft ein wichtiges Anliegen der Konvention. Damit Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben können, braucht es aber weitere Schritte. Dazu gehören insbesondere Reformen im Bildungswesen und ein verbesserter Zugang zum Arbeitsmarkt. Die kbk wird sich auch hier dafür einsetzen, dass Selbstbestimmung, Partizipation und Wahlfreiheit von Menschen mit Behinderungen keine toten Buchstaben bleiben.

Der Kontinuität in der täglichen Arbeit, stehen zwei Mutationen im Vorstand gegenüber. Im September nahm Riccardo Grigioni als Vertreter der Vereinigung Cerebral seine Arbeit im Vorstand auf. Mit grossem Dank, den besten Wünschen für die Zukunft und einem warmen Applaus verabschiedete die Mitgliederversammlung im November Kurt Meier, der die kbk seit 2010 präsidiert hatte. Der Vorstand hofft, der Mitgliederversammlung im Frühjahr 2016 eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger vorschlagen zu können.

Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Einzelteile. Auch im vergangenen Jahr konnte die kbk auf die Unterstützung zahlreicher Personen und Organisationen zählen, ohne die sie ihre Aufgabe nicht hätte erfüllen können. Ein besonderer Dank geht an Yvonne Brüschi und Christa Schwab für ihr grossartiges Engagement, ihre Flexibilität und ihre ausgezeichnete Sachkompetenz. Gedankt sei aber auch den Mitgliedern des Vorstands und der verschiedenen Arbeitsgruppen, unseren Mitgliederorganisationen, aber auch allen Vertreterinnen und Vertretern von Politik und Verwaltung, die sich für die Rechte von Menschen mit Behinderungen einsetzen.

2 Politische Themen

2.1 Umsetzung Behindertenkonzept

Am Systemwechsel im Bereich Erwachsene Behinderte arbeitet die kbk seit 2008 mit, bisher standen Grundlagen- und Entwicklungsarbeiten im Vordergrund. Im Berichtsjahr wurde mit der Vorbereitung der **Pilotprojekte** ein erster Schritt in die Praxis getan. 70-80 Personen mit einer Behinderung, wovon gut 10 Privatwohnende, werden im 2016 zum ersten Mal Leistungen nach dem neuen System beziehen. Die kbk hat bei der Vorbereitung intensiv mitgearbeitet. Wir setzten uns dafür ein, dass Abläufe und die Information auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung ausgerichtet wurden.

Daneben wirkte die kbk in der **Begleitgruppe** mit. Themen waren der Behindertenbericht, der die Verwaltung zuhanden des Grossen Rates erarbeitet hatte, und die Fallstudien II, die im 2015 abgeschlossen wurden. Bei der Auswertung der Fallstudien II wurde klar, dass das **Instrument VIBEL** vor allem im Bereich Arbeit und im Bereich psychische Behinderung weiter entwickelt werden muss. Die kbk wird als Entwicklungspartner mitwirken. Schliesslich gab die kbk den Anstoss, dass der Aufbau von Beratungsangeboten als Teil der **Flankierenden Massnahmen** vom Alters- und Behindertenamt ALBA in Angriff genommen wurde. Inzwischen ist gemeinsam mit den Beratungsstellen ein Vorgehen definiert worden. Last but not least hat die kbk vom ALBA den Auftrag erhalten, eine Informationsplattform aufzubauen. Diese soll die Informationen zugänglich machen, die Menschen mit einer Behinderung benötigen, damit sie ihr Leben möglichst selbstbestimmt gestalten können. Im letzten Quartal 2015 mandatierte die kbk nach einem Rekrutierungsverfahren Thomas Buchmüller als Projektleiter für das Vorprojekt.

Zusätzlich war die kbk im Vorstand der **Abklärungsstelle Indibe** aktiv. Die operative Geschäftsleitung der Abklärungsstelle übernahm ab 1. März 2015 Therese Zbinden. Sie trieb im vergangenen Jahr den operativen Aufbau der Abklärungsstelle voran, während der Vorstand Indibe den Aufbau begleitete und die Stabsübergabe auf der strategischen Ebene einleitete. Anstelle der Vorstandsmitglieder von Socialbern und kbk konnten vier neue Vorstandsmitglieder gewonnen werden. Damit ist der Vorstand inzwischen recht breit abgestützt. Noch bis voraussichtlich Ende 2016 präsidieren die Geschäftsleitungen von Socialbern und kbk den Vorstand gemeinsam.

2.2 Strategie Sonderpädagogik

Im Berichtsjahr suchte Herr Regierungsrat Pulver intensiv den Austausch mit den Anspruchsgruppen. In einem ersten Schritt informierte er an einer Veranstaltung über den Verlauf der Strategieentwicklung und präsentierte erste Lösungsansätze. In konsolidierter Form diskutierte er diese dann als mögliche **Richtungsentscheide an Hearings** mit den Regelschulen, den Sonderschulen, mit Menschen mit Behinderung und deren Angehörigen und mit den zuständigen Verbänden. Im Zentrum der Diskussion im Steuerungsausschuss stand die **Frage der Finanzierung**, es fand eine intensive und kontroverse Auseinandersetzung mit möglichen Zukunftsmodellen statt. Die Diskussionen waren anspruchsvoll, weil sich mehrere Themen überlagerten, etwa die Frage, welche Direktion in Zukunft zuständig sein soll, welche finanziellen Auswirkungen die Unterstellung der Sonderschulen unter das Lehreranstellungsgesetz hätten, ob die zukünftige Finanzierung von der aktuellen Finanzierung der Regelschule her gedacht werden soll oder von der heutigen Finanzierung der

Sonderschulen her, wie die Kosten über den Lastenausgleich zwischen Kanton und Gemeinden aufgeteilt werden können usw. Die Rolle der kbk war, immer wieder daraufhin zu wirken, dass die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen mit einer Behinderung bzw. deren Eltern nicht vergessen gehen.

Die durchgeführten Hearings zeigten, dass die generelle Entwicklungsrichtung von den unterschiedlichen Anspruchsgruppen unterstützt wird, dass aber noch zahlreiche Fragen zu klären sind, weshalb **Arbeitsgruppen** zum Standardisierten Abklärungsverfahren SAV, zum Thema Assistenz, zur Integrativen Sonderschulung und zur Rechtssetzung eingesetzt wurden.

Die kbk ist mit der Geschäftsleiterin Yvonne Brütsch in den verschiedenen Gremien vertreten, für eine kompetente Interessensvertretung sind die vorbereitenden Diskussionen in der **Arbeitsgruppe Pädagogik** der kbk ausgesprochen wichtig. Dort werden Vor- und Nachteile aus verschiedenen Perspektiven abgewogen, Einschätzungen hinterfragt und Einwände besprochen.

2.3 Betreuung von Kindern und Jugendlichen

Das ALBA hat im 2015 die „**Versorgungsplanung** betreffend Kinder und Jugendliche mit einem besonderen Pflege-, Betreuungs- oder Bildungsbedarf“ mit folgenden strategischen Aussagen veröffentlicht: Ein Grundangebot steht wohnortsnah zur Verfügung, die Steuerung erfolgt über Wirkungsziele, die Zusammenarbeit zwischen den Leistungserbringern in den Regionen ist zu entwickeln und die Ressourcenzuteilung in den Regionen wird nach Bevölkerungsanteilen vorgenommen. Die kbk und mehrere Mitgliederorganisationen wurden bei der Erarbeitung punktuell einbezogen. Welche konkreten Veränderungen die Versorgungsplanung bringen wird, wird sich zeigen.

Das Kantonale Jugendamt hat bereits im 2014 ein **Projekt zur Optimierung der Ergänzenden Hilfen zur Erziehung** lanciert. Das Projekt hat zum Ziel ein einheitliches und aufeinander abgestimmtes Bewilligungs-, Finanzierungs- und Steuerungssystem auszugestalten. Ungeklärt ist, inwiefern das Projekt auch den Behindertenbereich betrifft. Gemeinsam mit Socialbern strebt die kbk eine Klärung an. Falls das Projekt den Behindertenbereich betreffen sollte – was die Projektverantwortlichen mehrfach bekräftigt haben – sind die sehr guten Projektgrundlagen, die aus der Perspektive des Kinderschutzes erstellt sind, zu ergänzen, damit darin der Behindertenbereich gleichwertig abgebildet ist.

2.4 Das Bernische Aktionsbündnis Psychische Gesundheit (Christa Schwab)

Seit Anfang Jahr koordiniert die kbk mit finanzieller Unterstützung des Kantons Bern die **nationale Kampagne „Wie geht's Dir?“**. Sie ist Trägerin der Kampagne, an deren Umsetzung sich auch die „Berner Aktionstage Psychische Gesundheit“ und der „10.10. – Tag der psychischen Gesundheit“ beteiligen. Gemeinsam mit psy.ch sensibilisierte die kbk die Apotheken und die Mitglieder des Vereins Berner Haus- und KinderärztInnen und bediente sie mit den Informationsmaterialien der Kampagne. Das Beco beteiligt sich an der Umsetzung der Kampagne zum Themenschwerpunkt „Arbeitswelt“. Seit Oktober 2015 sind in allen RAV-Stellen Kampagnenplakate ausgehängt und die Broschüren der Kampagne liegen auf. Zusätzlich unterstützt das Beco die Durchführung von ArbeitgeberInnenanlässen. Ein erster fand Anfang Oktober zum Auftakt der Berner Aktionstage Psychische Gesundheit statt. Am 10.10. und während der Aktionstage wurden kantonsweit zahlreiche Veranstaltungen zum

Thema Arbeit und psychische Gesundheit durchgeführt. Im November hingen in den grössten Kantonsgemeinden die Plakate der Kampagne „Wie geht's dir?“.

Das Aktionsbündnis will die Bevölkerung und die politischen EntscheidungsträgerInnen sensibilisieren sowie die Betroffenen entstigmatisieren. Das Positionspapier „**Psychische Probleme dort behandeln, wo sie auftreten**“ zeigt auf, was sich ändern muss, damit Menschen mit einer psychischen Erkrankung in ihrem Lebensumfeld, die Behandlung und Unterstützung erhalten, die sie benötigen. Die Psychiatrieversorgung soll dementsprechend stärker personenzentriert, dezentral und integriert organisiert sein. Die Mitarbeit in der **Kommission Psychiatrie** und in Arbeitsgruppen ermöglicht es der kbk, die Forderungen des Aktionsbündnisses frühzeitig einzubringen. Im 2015 wirkten wir an der Entwicklung eines „Normkostenmodells Psychiatrie“ und im „Arbeitskreis Qualität in der Psychiatrieversorgung“ mit. Unser Kerngruppenmitglied Hasim Sancar reichte zudem zusammen mit einer Grossratskollegin eine Interpellation zur Notfallpsychiatrie in Biel ein. An der Fachtagung des Vereins ambulante Psychiatrische Pflege referierte Christa Schwab über die selbstbestimmte gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung. Die **Betroffengruppe „Wir sind die Stimme“** wurde im September gegründet, sie will einen Beitrag zur Entstigmatisierung leisten. Indem die kbk, den Aufbau dieser Gruppe in Interlaken unterstützt und begleitet, fördert sie die Selbstvertretung von Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung.

2.5 Öffentlicher Verkehr

Im Verlaufe des Jahrs zeigte sich, dass sich die Vorstellungen der Behindertenorganisationen, wie die Interessenvertretung beim **Umbau des Bahnhofs Bern** funktionieren soll, nicht umsetzen lassen. Die SBB geht davon aus, dass sie selber über das Knowhow verfügt, um die Zugänglichkeit des neuen Bahnhofs Bern sicherzustellen. Die Behindertenvertreter sollen im Rahmen einer Begleitgruppe Fragen zum Thema Barrierefreiheit, abgestimmte Lösungsvorschläge und Anliegen der Behindertenorganisationen mit den Transportunternehmen diskutieren. Vertiefende Abklärungen können bei Bedarf im Rahmen eines Mandats vorgenommen werden. Anfangs 2016 wird die Begleitgruppe für den Bahnhof Bern mandatiert werden. Im Rahmen des Plangenehmigungsverfahrens hat Integration Handicap in Absprache mit den beteiligten bernischen Behindertenorganisationen eine Einsprache eingereicht, weil diverse gesetzliche Vorgaben zur Zugänglichkeit von Menschen mit Behinderungen nicht berücksichtigt wurden. Ziel ist es, eine Vereinbarung mit den beiden Transportunternehmen RBS und SBB zu den umstrittenen Punkten auszuhandeln, die Vereinbarung soll gleichzeitig die Mitwirkung der Behindertenorganisationen sicherstellen.

Wiederum erhielt die kbk über die „**Ärgerbox öV**“ Hinweise auf Barrieren und Hindernisse, die Menschen mit Behinderung die Benutzung des öffentlichen Verkehrs erschweren. Wir leiten alle Anfragen an die zuständigen Stellen zur Bearbeitung weiter und machen dabei immer wieder die Erfahrung, dass sich in Einzelfällen mit wenig Aufwand etwas verbessern lässt. Beispielsweise hat die BLS aufgrund einer Rückmeldung ihre Lokführer im internen Info für die Bedeutung von Durchsagen für Menschen mit einer Sehbehinderung sensibilisiert. Über die Ärgerbox öV erhalten wir zwischendurch Hinweise aus andern Kantonen, welche wir selbstverständlich ebenfalls an die zuständigen Stellen weiterleiten.

2.6 Arbeitsintegration

Die im Vorjahr ins Auge gefassten Massnahmen sind umgesetzt worden: An der **Mitgliederversammlung** im Juni waren Bruno Boschung von der IV-Stelle Bern und Rodolphe Vuille

und Eliane Schär vom Beco, welches zuständig ist für die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren RAV, zu Gast. Die Referierenden zeigten auf, wie sie die Arbeitsintegration von Menschen mit einer Behinderung fördern und wie sie deren speziellen Bedürfnisse berücksichtigen. Die Beratungsstellen, die Mitglied bei der kbk sind, sowie Profil – Arbeit und Handicap berichteten, wie sie Menschen mit einer Behinderung bei der Arbeitssuche unterstützen. Die Mitglieder erhielten einen Überblick über die Bemühungen zur Integration von Menschen mit einer Behinderung in den Arbeitsmarkt, zusätzlich sensibilisierte die Diskussion die IV-Stelle und die RAV für die besondere Situation von Menschen mit einer Behinderung.

Nach einer intensiven Auseinandersetzung mit den Massnahmen des Bundes zur Arbeitsintegration suchte die kbk in der zweiten Jahreshälfte das **Gespräch mit dem Personalamt des Kantons Bern**. Zu jenem Zeitpunkt stand die Personalstrategie des Kantons kurz vor der Verabschiedung durch den Regierungsrat. Der Kanton Bern will darin die Gleichstellung und die Vielfalt fördern und prüft die Einführung eines Teillohnmodells für Personen mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit. Das Personalamt ist der Meinung, dass damit Anknüpfungspunkte für das Thema Arbeitsintegration von Menschen mit einer Behinderung bestehen. In einem nächsten Schritt wird das Personalamt Ziele und Massnahmen definieren. Insbesondere bei der Sensibilisierung der Führungskräfte für die Arbeitsintegration von Menschen mit einer Behinderung kann sich das Personalamt ein Zusammenwirken mit der kbk vorstellen. Es ist interessiert, mit der kbk im Gespräch zu bleiben.

2.7 Selbständiges Wohnen (Christa Schwab)

Im Januar haben sich die kbk und die Behindertenkonferenz der Stadt und Region Bern BRB mit dem Mieterverband des Kantons Bern getroffen. Uns interessierte, wie der Mieterverband die Interessen von MieterInnen mit Behinderung vertritt und wie sich die Behindertenorganisationen und der Mieterverband gegenseitig unterstützen können. In der Rechtsberatung des Mieterverbands gab es bisher wenig Anfragen von MieterInnen mit Behinderung. Um die Vernetzung des Mieterverbands mit den Beratungsstellen im Behindertenbereich einzufäden, wird der Mieterverband im 2016 zu einem Fachstellenaustausch eingeladen.

Weiter arbeitete die kbk im 2015 am Workshop und in der Begleitgruppe „Konzept Sprungbrettwohnung“ der BRB mit. In Sprungbrettwohnungen in der Stadt Bern sollen Menschen mit Behinderung das selbständige Wohnen ausprobieren können. Damit soll der Übergang von der Institution in die eigene Wohnung erleichtert werden.

2.8 Inklusive Kultur (Christa Schwab)

Im Mai tauschte sich die kbk mit den Verantwortlichen des Projekts **„Kultur inklusiv – Culture inclusive“** – Label für inklusive Kulturinstitutionen statt. Die kbk verfasste für das Handbuch „Inklusive Kultur“ einen Beitrag zu den rechtlichen Grundlagen. Yvonne Brütsch vertritt als Geschäftsleiterin die kbk im Patronatskomitee von „Kultur inklusiv – Culture inclusive“. Das Label wurde im August lanciert.

Ende August lud Herr Regierungsrat Pulver zum ersten **kantonalen Kulturtag zum Thema „Teilhabe“** ein. Die kbk nutzte die Gelegenheit, um auf die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung in der Kultur hinzuweisen.

3 Lobbying, Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung

3.1 Kontakte mit Verwaltung, Behörden und Verbänden

Regelmässiger Kontakt mit Verwaltung, Behörden und Verbänden ist für die Erreichung der gleichstellungs- und sozialpolitischen Ziele der kbk unerlässlich. Im Gespräch mit Herrn Regierungsrat Perrenoud erkundigten wir uns, welche Strategie und welche Ziele der Kanton im Bereich Psychische Gesundheit verfolgt und wie diese nach aussen sichtbar gemacht werden können. In der Diskussion zeigte sich, dass das Thema in die zu erarbeitende Gesundheitsstrategie integriert werden kann. Wir fragten zusätzlich nach, wie der Kanton Bern die ambulante Leistungserbringung in der Psychiatrie fördern will. Drei Mal trafen wir uns mit dem ALBA. Dabei stellten wir Fragen und gaben Impulse zu den laufenden Projekten, zusätzlich Thema waren das Tagesschulangebot in den Heilpädagogischen Schulen HPS, die Wartelisten bei den HPS und die Integration von Kindern mit einer Behinderung in Kindertagesstätten. Dank den regelmässigen Treffen gelingt es uns regelmässig, Themen aufs Tapet zu bringen und die Verwaltung für die Zugänglichkeit von Angeboten zu sensibilisieren. Manchmal müssen wir uns aber auch gedulden, da auch hartnäckiges Nachhaken wenig bewirkt, weil ein Anliegen nicht prioritär behandelt wird. Zum ersten Mal stattgefunden hat ein trilaterales Gespräch kbk-ALBA-Socialbern, dieses soll im Jahresrhythmus weitergeführt werden und dazu dienen, sich über gemeinsame Themen auszutauschen.

Wie jedes Jahr fand das Gespräch mit Frau Regierungsrätin Egger anfangs Juli statt. Intensiv diskutierten wir u.a. über die Beteiligung der Behindertenorganisationen beim Umbau des Bahnhofs Bern, über die Umsetzung der VSS-Norm Hindernisfreier Verkehrsraum und über die Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes im öffentlichen Raum. Wie so oft in den vergangenen Jahren stellten wir fest, dass der Kanton nur begrenzte Möglichkeiten hat, auf die Gemeinden Einfluss zu nehmen. Gerade auf Gemeindeebene besteht noch ein grosser Sensibilisierungsbedarf, den die kbk im Moment mit den vorhandenen Ressourcen nicht abdecken kann.

Bereits anfangs Jahr trafen sich die kbk und Pro Infirmis mit Frau Regierungsrätin Simon. Unser Ziel war, eine Ungleichbehandlung bei den Steuern zu beseitigen. Angehörige, die betagte Menschen betreuen, können einen Freibetrag für die Pflegeentschädigung geltend machen, für Angehörige, die Menschen mit einer IV-Rente betreuen, galt dieser Freibetrag bisher nicht. Aufgrund unserer Intervention hat die Steuerverwaltung ihre Praxis in unserem Sinn geändert.

Die Zusammenarbeit mit Socialbern hat sich weiter intensiviert, der gemeinsame Aufbau der Abklärungsstelle Indibe zeigt, dass die beiden Verbände durch ein konstruktives Zusammenwirken viel erreichen können, ohne ihre unterschiedlichen Positionen und Interessen aufgeben zu müssen.

3.2 Vernehmlassungen, politische Vorstösse und politisches Lobbying

Wir haben im Berichtsjahr je eine Vernehmlassungsantwort zur Bildungs- und Steuerstrategie des Kantons Bern verfasst. Mit unserer Stellungnahme zur **Bildungsstrategie** erreichten wir, dass in der vom Regierungsrat verabschiedeten Version der Bezug zur Uno-Behindertenrechtskonvention hergestellt wird. Im Rahmen einer Konsultation hat sich die kbk intensiv mit dem neuen **Behindertenbericht** auseinandergesetzt und differenziert Stellung genommen. Positiv hervorzuheben ist, dass der neue Behindertenbericht die Behindertenpolitik des Kantons Bern breiter abbildet als die Version aus dem 2011. Erfreulich ist, wie die Umset-

zung der Behindertenrechtskonvention thematisiert wird. Weiter hat die kbk an Konsultationen zu den **Betriebsbewilligungsstandards** und den **Mindestanforderungen an die Infrastruktur in Institution** teilgenommen. Dabei richteten wir ein besonderes Augenmerk darauf, wie weit die Vorgaben die Möglichkeiten zur Selbstbestimmung und zur gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung fördern oder einschränken.

Die **Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates GSOK** beschäftigte sich im Herbst zum ersten Mal intensiv mit der Umsetzung des Behindertenkonzepts und hat neben der Verwaltung auch relevante Akteure ausserhalb der Verwaltung, wie die kbk eingeladen. Die Fragen der Kommissionsmitglieder konnten zu deren Zufriedenheit beantwortet werden, damit ist ein weiterer wichtiger Schritt hin zum Systemwechsel getan worden.

3.3 Öffentlichkeitsarbeit

Die Berner Aktionstage Psychische Gesundheit und der Auftakt der nationalen Kampagne „Wie geht's Dir?“ zum Thema Arbeitswelt wurden mit einer Medienkonferenz im Berner Rathaus eingeläutet. Im Anschluss daran erschienen zahlreiche Beiträge in den Printmedien und in Radio und Fernsehen.

Der Berner Oberländer berichtete ausführlich über den Nutzen von Mobilien Equipen für Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung. Dazu lud er die kbk, eine Betroffene, einen Angehörigen und den Projektleiter des Pilotprojekts Open Dialogue der Psychiatrischen Dienste der Spitäler fmi AG an einen Tisch ein. Die kbk nahm ausserdem an der Trialogsendung des Radio loco-motivo zum Thema Wohnen teil und in der Jungfrauzeitung erschienen Beiträge zum Pilotprojekt „Wir sind die Stimme – Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen setzen sich für ihre Anliegen ein“.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Behindertenkonzepts war die kbk mehrfach in den Medien präsent. Im Frühling eröffnete die Wohn- und Arbeitsgemeinschaft WAG in Gwatt ein neues Haus. Der Landbote nahm dies zum Anlass, breit über den Systemwechsel im Kanton Bern zu informieren. Während der Sommerferien berichtete die Berner Zeitung kritisch über den Systemwechsel, die kbk motivierte Angehörige und Betroffene, Leserbriefe zu verfassen. Leider wurde nur einer abgedruckt. An der Pressekonferenz des Kantons Bern im November konnte die kbk aufzeigen, wie wichtig der Systemwechsel ist, damit Menschen mit einer Behinderung ihr Leben in Zukunft selbstbestimmt gestalten können. Unsere Stellungnahme zur Bildungsstrategie wurde von der Bernerzeitung und vom Thuner Tagblatt aufgenommen, die Haltung der kbk zur Steuerstrategie konnte die Geschäftsleiterin in einem Interview mit dem Lokalradio Neo erläutern.

Der Rotaryclub Konolfingen lud die kbk ein, an einem Anlass ihre Arbeit vorzustellen – eine gute Gelegenheit, ein breites Publikum für Gleichstellungsanliegen von Menschen mit einer Behinderung zu sensibilisieren.

3.4 Vernetzung mit Behindertenorganisationen

Die kantonalen Behindertenkonferenzen und ähnliche Zusammenschlüsse aus der deutsch- und italienischsprachigen Schweiz trafen sich zwei Mal zu einem Informations- und Erfahrungsaustausch. Am Treffen anfangs Januar stellte u.a. der Leiter der baselstädtischen Fachstelle Gleichstellung von Menschen mit Behinderung seine Arbeit vor und berichtete von seinen Erfahrungen mit dem Thema. Auf Anregung der kbk fand Mitte Jahr ein Treffen mit interessierten Organisationen aus der Romandie statt, um deren Mitwirkung zu besprechen. Am zweiten Treffen gegen Ende Jahr, welches auf Initiative von Nationalrat Christian Lohr im

Bundeshaus stattfand, stellte Andreas Rieder, Leiter Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (EBGB), die Nationale Behindertenpolitik vor und Stefan Ritler, stellvertretender Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherungen BSV, präsentierte die Strategie zur Weiterentwicklung der Invalidenversicherung.

Schliesslich interessierte sich auch die neue Geschäftsleiterin der Behindertenkonferenz Kanton Zürich BKZ für die Arbeit der kbk. Besonders interessierten die Gründe, warum der Kanton Bern sich für den Systemwechsel im Bereich Erwachsene Behinderte entschieden hat.

4 Projekte

4.1 Plattform Behindertenpolitik

Bereits zum dritten Mal führten wir am 2. Dezember die Plattform Behindertenpolitik durch. Entgegen der Wünsche der Teilnehmenden behielten wir den Rhythmus der jährlichen Durchführung bei, für eine zweimalige Durchführung fehlen uns die Ressourcen. Ziel der Plattform ist es, Menschen mit einer Behinderung dafür zu gewinnen, ihre Interessen in politischen Gremien möglichst selber zu vertreten. Im Zentrum der Plattform stand dieses Jahr die Frage, wie die UNO-Behindertenrechtskonvention für ein politisches Engagement genutzt werden kann. Nach den drei sehr fundierten und persönlichen Referaten von Anja Reichenbach, Sandra Zaugg und Simone Leuenberger diskutierten die Teilnehmenden in Gruppen, über Möglichkeiten, sich politisch zu engagieren, über die Behindertenrechtskonvention und sie deponierten ihre Anliegen. Die Diskussionen wurden kontrovers und emotional geführt, teilweise trafen gegensätzliche Haltungen aufeinander. Es wurde etwa diskutiert, ob Menschen mit einer Behinderung sich für mehr Vergünstigungen einsetzen sollen oder ob sie sich dafür einsetzen sollen, dass Menschen mit einer Behinderung vermehrt die Möglichkeit erhalten, ihren Lebensunterhalt selber zu verdienen bzw. eine ausreichende Rente erhalten. Insgesamt wurde die Tagung geschätzt, bei den Teilnehmenden besteht der Wunsch nach einer Weiterführung. Entsprechend ist eine nächste Plattform Behindertenpolitik für den Dezember 2016 geplant. Die Diskussionen haben einzelne Menschen mit einer Behinderung darin bestärkt, sich vermehrt für ihre Rechte einzusetzen. Mehrere Personen haben sich im Anschluss an die Tagung aktiv gegen Barrieren gewehrt (im öffentlichen Verkehr und beim Besuch einer Sauna). Schliesslich suchte ein Teilnehmer die Zusammenarbeit mit der kbk, um eine Projektidee umzusetzen. Insgesamt ist die Tagung ein gutes Gefäss, um mit behindertenpolitisch interessierten Menschen in Kontakt zu kommen. Die Tagungsteilnehmenden werden weiterhin als Gäste an die Mitgliederversammlung der kbk eingeladen, so erhalten sie einen Einblick in die Arbeit der kbk und können ihre Anliegen einbringen. Prüfen werden wir, wie die Tagung gestaltet werden kann, um das Gespräch zwischen den Teilnehmenden und den Parteivertretenden zu fördern.

5 Interna

5.1 Zusammenarbeit mit den Mitgliederorganisationen

Ein wichtiges Gefäss für den Kontakt mit den Mitgliedern und für die Meinungsbildung ist die **Mitgliederversammlung**. Im März stellte das Vorstandsmitglied Lukas Hohl das Manifest Psychische Gesundheit vor, bei dessen Erarbeitung er beteiligt war. Ursula Zybach von Public Mental Health und Hans Kurt vom Aktionsbündnis Psychische Gesundheit Schweiz

diskutierten anschliessend kontradiktorisch über Sinn und Unsinn solcher Manifeste und die Mitglieder gaben wertvolle Inputs, die bei der Weiterarbeit am Manifest einbezogen werden. Ende Juni stand das Thema Arbeitsintegration auf der Traktandenliste (vgl. 2.6 Arbeitsintegration). Wie in den vergangenen Jahren widmeten wir die Septemberversammlung der Umsetzung des Behindertenkonzepts. Claus Detreköy vom ALBA berichtete über die Vorbereitung der Pilotprojekte, die Geschäftsleiterin Therese Zbinden stellte die Abklärungsstelle Indibe vor. Im November schliesslich lernten die Teilnehmenden Schulen kennen, die sich auf den Weg zu einer Schule für alle machen. In einem Podiumsgespräch mit Ueli Herren, Marianne Knödler (Schulleitung Aarwangen), Markus Walther (Leiter der HPS Saanen) und Erwin Sommer (Vorsteher des Volksschulamtes des Kantons Bern) wurde Fragen rund um die Realisierbarkeit der Schule für alle im Kanton Bern vertieft.

Der **Fachstellenaustausch** fand zwei Mal statt. Ständige Themen waren im vergangenen Jahr die Umsetzung des Behindertenkonzepts und der Aufbau der notwendigen Beratungsleistungen. Der Informations- und Erfahrungsaustausch wird von den Teilnehmenden geschätzt und die kbk gewinnt Einblick in die Beratungsarbeit.

Mit regelmässigen Rundmails informierte Christa Schwab die Mitgliederorganisationen über sozialpolitische und gleichstellungsrelevante Entscheide, Grundlagen, Ereignisse und Veranstaltungen auf kantonaler, nationaler und internationaler Ebene. Die **kbk-Informationen** erschienen 21 Mal. Rückmeldungen zeigen, dass die kbk-Informationen sehr geschätzt werden, weil sie in einer kompakten und übersichtlichen Form einen guten Überblick bieten.

5.2 Vorstand

Der Vorstand traf sich zu sechs Sitzungen. Schwerpunkte bildeten selbstverständlich die politischen Themen. Zwischen den Sitzungen wurden dringende Geschäfte auf dem Korrespondenzweg bearbeitet und entschieden.

6 Dank

Die Geschäftsstelle bedankt sich bei all den engagierten Menschen und den Organisationen, die einen Teil ihrer Zeit und ihres Fachwissen der kbk widmeten. Ohne dieses grosse Engagement könnte die kbk niemals alle erwähnten behindertenpolitischen Themen abdecken. Herzlichen Dank an alle, die uns auf behindertenpolitische Problemstellungen und Missstände aufmerksam machten. Diese Hinweise bilden eine wichtige Grundlage für unsere Arbeit. Wir danken zudem all unseren Partnern und den Mitarbeitenden der Verwaltung. Sie haben unseren Anliegen ein offenes Ohr geliehen, unsere Fragen beantwortet, uns wichtige Grundlagen für unsere Meinungsbildung geliefert und mitgeholfen, Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen zu realisieren. Ebenso danken wir, den Referierenden an der Mitgliederversammlung und an der Plattform Behindertenpolitik, sie haben uns wertvolle Impulse gegeben. Wir bedanken uns ebenfalls bei den GrossrätInnen, die unsere Anliegen aufnahmen und auf politischer Ebene vertraten. Genauso bedanken wir uns bei unserem Unterleistungsvertragspartner Integration Handicap für die unkomplizierte Zusammenarbeit und für die Vertretung unserer Interessen gegenüber dem Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV). Für die finanzielle Unterstützung bedanken wir uns ganz besonders bei der GEF, dem BSV, der Pro Infirmis, dem Beco, dem Berner Bündnis gegen Depression, der Brändli-Stiftung und bei den Mitgliederorganisationen.

Yvonne Brütsch, Geschäftsleiterin
Burgdorf, im Januar 2016

Kantonale Behindertenkonferenz Bern kbk

Oberburgstrasse 21, 3400 Burgdorf
034 423 06 31, geschaeftsleitung@kbk.ch
www.kbk.ch, PC 30-441559-4